

8. März 2022

Resolution für eine Spritpreisbremse, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise

Keine Sorge ist derzeit vergleichbar mit der Sorge der tapferen Menschen in der Ukraine, die um unser aller Freiheit kämpfen. Ihnen gebührt unsere volle Solidarität. Gleichzeitig hat der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine die bereits hohen Preise für Kraftstoff und Heizenergie nochmals sprunghaft ansteigen lassen, was viele Menschen in unserem Land stark belastet. Dass die Preise für fossile Energieträger auf Dauer steigen müssen, ist mit Blick auf den Klimaschutz und die Durchsetzung erneuerbarer Energien unerlässlich. Die CDU Saar steht fest hinter dem Ziel der Klimaneutralität. Sie sieht dieses Ziel jedoch gefährdet, sollte es nicht mit Augenmaß und auf der Grundlage einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz verfolgt werden.

Die derzeitige Preisexplosion droht nicht nur diese Akzeptanz zu untergeben, sie gefährdet uns überdies in vielerlei Hinsicht. Private Haushalte, insbesondere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die mit dem Auto zur Arbeit fahren müssen, und die breite Mittelschicht kommen an ihre Belastungsgrenze. Und der Staat verdient an den Preissteigerungen kräftig mit. Etwa die Hälfte der Spritpreise besteht aus Steuern und Abgaben. Dies birgt erheblichen sozialen Sprengstoff.

Darüber hinaus gefährden die drastisch angestiegenen Energiepreise die Grundstoffindustrie mit einer energieintensiven Produktion schon kurz- und mittelfristig in ihrer Existenz. Davon betroffen sind im Saarland insbesondere die Stahlindustrie, die keramische Industrie und die Metallbe- und -verarbeitung, aber auch einzelne Branchen des verarbeitenden Gewerbes wie etwa die Lebensmittelindustrie. Dies umso mehr, als dieser plötzliche Preisanstieg nicht durch Veränderungen in der Produktion oder Investitionen in mehr Energieeffizienz und Klimaschutz abgedeckt werden kann. Ohne entschlossene Gegenmaßnahmen droht der schleichende Verlust an Wettbewerbsfähigkeit bis hin zu einer Deindustrialisierung. Dies kann niemand wollen.

Aus diesem Grund hat Ministerpräsident Tobias Hans bereits im Herbst des vergangenen Jahres gefordert, dass die staatlichen Abgaben auf Energie rasch, aber befristet, spürbar gesenkt werden. Inzwischen sehen das viele andere auch so und haben sich der Forderung angeschlossen. Die Ampel-Koalition im Bund hat nur halbherzig gehandelt.

Maßnahmen der CDU Saar für eine Spritpreisbremse, Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise:

- 1) Wir brauchen eine **Spritpreisbremse**. Was in der Corona-Krise bei der Mehrwertsteuer getan wurde, das muss auch in einer Energiepreiskrise möglich sein, um die Menschen zu entlasten. Der tägliche Weg zur Arbeit, zum Einkaufen und zum Sport darf kein Luxus werden. Wir fordern die **Absenkung der Mehrwertsteuer** auf Sprit und Heizöl.
- 2) Die **Energiesteuer** auf Sprit muss umgehend auf das europäische Mindestmaß gesenkt werden.
- 3) Die **Stromsteuer** muss von derzeit 2,05 Cent pro Kilowattstunde auf den unionsrechtlich zulässigen Mindeststeuersatz von 0,1 Cent pro Kilowattstunde bei nichtgewerblicher Nutzung und 0,05 Cent bei gewerblicher Nutzung abgesenkt werden.
- 4) Die Absenkung der Mehrwertsteuer auf Gas und Fernwärme.
- 5) Es ist keine Zeit mehr zu verlieren; **Planungs- und Genehmigungsverfahren** von Energieerzeugungsanlagen müssen erheblich beschleunigt werden; zudem müssen die Stromnetze in Deutschland und Europa schneller ausgebaut werden.
- 6) Zentral für ein Gelingen der Energiewende ist **Technologieoffenheit**. Unser Land ist vielfältig. Das trifft auch auf die Voraussetzungen und Arten der Energieerzeugung zu. In Norddeutschland gibt es mehr Wind, im Südwesten scheint mehr die Sonne. Deshalb brauchen wir verbindliche Ziele, aber Gestaltungsspielraum bei der Umsetzung.
- 7) Wir wollen, dass die lokalen Gemeinschaften bei großen energiepolitischen Vorhaben nicht nur **transparent informiert und beteiligt** werden, sondern auch einen **finanziellen Nutzen von der Erzeugung grünen Stroms** haben. Dazu gehören für uns auch lokale oder regionale **Genossenschaftsmodelle**. Die Regelung des saarländischen Waldgesetzes, wonach auf **historischen alten Waldstandorten** im Staatswald nur in Ausnahmefällen Windräder errichtet werden dürfen, hat sich bewährt. Daher werden wir diese Regelung beibehalten. Auch auf Landesebene werden wir durch die Schaffung einer eigenen Landesgesellschaft die energiewirtschaftliche Nutzung unserer öffentlichen Liegenschaften vorantreiben und in die Energieerzeugung einsteigen.
- 8) **Photovoltaik auf öffentlichen Gebäuden**: Der Staat muss beim Ausbau der erneuerbaren Energien Vorbild für Private sein. Auch wenn bei der Konzeption und Erstellung eines Gebäudes bessere Standards moderat höhere Kosten auslösen können, amortisieren sich diese in aller Regel während der Betriebsphase. Wir werden in der Landesverwaltung die Kompetenzen zum nachhaltigen Bauen ausbauen und das bereits gestartete Modellvorhaben zur Anwendung des „Bewertungssystem Nachhaltiges Bauen“ (BNB) zügig vorantreiben. In den Förderprogrammen des Landes werden wir höhere Zuwendungen gewähren, wenn die Fördermittelempfänger ihre Projekte in Bezug auf Nachhaltigkeit konzipieren und zertifizieren (z. B. BNB, DGNB) lassen.
- 9) Wir werden die Anstrengungen in Hinblick auf **Energieeffizienz** auch im privaten Gebäudebereich verstärken. Die dafür zur Verfügung stehenden Fördermittel des Bundes wollen wir maximal ausschöpfen. Wir werden daher eine Saarländische Energieagentur gründen mit dem Ziel, Privatpersonen, Kommunen und Unternehmen intensiv zu beraten über Maßnahmen und Strategien für mehr Energieeffizienz und die Nutzung erneuerbarer Energien sowie zu beraten hinsichtlich der vielfältigen Förderungsmöglichkeiten in diesem Bereich.
- 10) Mit dem „**Klima-Bonus-Programm**“ werden wir daher die saarländischen Bürgerinnen und Bürger umfassend finanziell unterstützen und motivieren, ihren eigenen Beitrag zur Energiewende zu leisten. Dies beinhaltet – in Ergänzung zu den Förderprogrammen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und des Bundesamtes für Wirtschaft und

Ausfuhrkontrolle (BAFA) – eine eigene **saarländische Förderung für umweltfreundliche Heizungen**. Mit einem zusätzlichen Zuschuss in Höhe von 10 Prozent der von der Bundesförderung für energieeffiziente Gebäude geförderten Kosten schaffen wir eine zusätzliche Dynamik in der Wärmewende des Saarlands. Bei Problemen von Eigentümerinnen und Eigentümern bei der Finanzierung sollen diese besonders unterstützt werden. So steigern wir die saarländische Sanierungsrate. Ziel ist eine Verdoppelung der Förderanträge beim Bund, von der Bürgerinnen und Bürger, die Saarwirtschaft, sowie die Umwelt profitieren werden. Die Rücklagen für Sanierungen dürfen nicht durch steigende Energiepreise aufgefressen werden.

- 11) **Das Saarland zum Solarland machen:** Mit unserem „Klima-Bonus-Programm“ werden wir den Bau neuer Solaranlagen auf privaten Wohngebäuden fördern (sowohl Photovoltaik als auch Solarthermie), um das große Potential der vielen bestehenden Gebäude zu nutzen. Die Fördersumme zwischen 750 und 2.000 Euro richtet sich nach der Größe der Anlagen. Wir schaffen so eine zusätzliche Dynamik und machen das Saarland zum Solarland.
- 12) Der rasante Preisanstieg bei den Energiepreisen verdeutlicht, dass wir die Verteuerung fossiler Brennstoffe zur Bewältigung des **Klimawandels sozialverträglich und verträglich für Wirtschaft und Mittelstand** gestalten müssen.
- 13) Insbesondere das produzierende Gewerbe wird von den plötzlichen Preissteigerungen hart getroffen. Hier müssen wir unterstützend tätig werden, um den **Mittelstand als Säule der Wirtschaft** zu stärken.
- 14) Wir werden ein saarländisches „**Zukunftsnetzwerk Energieeffizienz**“ einrichten, welches kostenlose Initiativberatungen durch Expertinnen und Experten zu den Themen Sanierung, Modernisierung und Weiterentwicklung in Hinblick auf Energieeffizienz anbietet.
- 15) Wir verstehen Klimaschutz als Transformationsaufgabe von einer Dimension, die alle gesellschaftlichen Bereiche verändert, die aber auch Chancen bietet. Klimaschutz braucht dafür landesgesetzliche Grundlagen und Umsetzungskonzepte. Wir werden daher ein **Saarländisches Klimaschutzgesetz** erarbeiten und in den Landtag einbringen, mit dem ambitionierte Klimaschutzvorgaben in der Landesbauordnung, dem Landesplanungsgesetz, den öffentlichen Beschaffungsrichtlinien und anderen Landesvorschriften verbindlich verankert werden.

Für uns als CDU Saar sind Klimaschutz, Versorgungssicherheit und bezahlbare Energiepreise auch landespolitische Aufgaben. Nicht zuletzt mit unserem Wahlprogramm haben wir konkrete Maßnahmen vorgelegt, um die Saarländerinnen und Saarländer zu entlasten.

Gleichzeitig muss aber auch die Ampel im Bund handeln und darf die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter mit explodierenden Kosten alleinlassen.

Im Interesse des Klimaschutzes und im Interesse der Bürgerinnen und Bürger muss jetzt schnell und entschlossen gehandelt werden.